

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTUMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 16. Dezember 1969

Blatt 3667

1,6 Milliarden für Verkehrsbauten  
=====

5. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe VIII, Tiefbau.

Referent Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

Einnahmen 838,871.400 Schilling, Ausgaben 1.749,831.800 Schilling.

Wien, 16. 12. (RK) In seinem nach Schwerpunkten gegliederten Referat befaßte sich Stadtrat Heller zunächst mit den Verkehrsbauten. Dabei dürften nicht nur die für den Straßenbau vorgesehenen Ausgaben von 262 Millionen Schilling betrachtet werden. Der Gesamtaufwand für alle Verkehrsbauten betrage im kommenden Jahr rund 1,1 Milliarden Schilling, wenn man alle relevanten Budgetposten zusammenzähle. Dazu kämen noch die Beträge des Bundes für den Autobahn- und Bundesstraßenbau, so daß Wien 1970 für Verkehrsbauten ohne die Aufwendungen der Stadtwerke mehr als 1,6 Milliarden Schilling ausgeben werde.

Der Tiefbaustadtrat nannte sodann einige wichtige Straßenvorhaben des kommenden Jahres: Die Umleitungsstrecken für den zweiten Bauabschnitt der U-Bahn im 4., 5. und 10. Bezirk, der Ausbau des inneren Gürtels von der Gumpendorfer Straße bis zur Mariahilfer Straße und anschließend der des Gaudenzdorfer Gürtels von der Linken Wienzeile bis zur Schönbrunner Straße. Im Zusammenhang mit der Nordost-Autobahn vom Donaukanal bis zum Knoten Kaisermühlen würden die anschließenden Straßenstücke ausgebaut und gleichzeitig sollen die Straßen zu beiden Seiten des Donaukanals saniert und zu Einbahnen erklärt werden.

./.

Ende 1970 werde daher eine leistungsfähige Verbindung von der Wagramer Straße über die vierte Donaubrücke bis zu den beiden Donaukanal-Begleitstraßen vorhanden sein, was sicher die Reichsbrücke entlasten wird.

Auch heuer sei er nicht in der Lage, dem Gemeinderat das Programm des Autobahn- und Bundesstraßenbaues für 1970 vorzulegen, erklärte Heller. In diesem Zusammenhang beschäftigte er sich mit dem Problem, daß die vorgesehenen Bundesmittel nicht gänzlich in Anspruch genommen würden, was übrigens auch in einiger anderen Bundesländern der Fall sei. Der Grund dafür liege seiner Meinung nach im Fehlen eines langfristigen Finanzierungskonzeptes. Für 1970 habe die Stadtverwaltung jedenfalls vor, für den Autobahn- und Bundesstraßenbau 535,7 Millionen Schilling auszugeben. Dazu gehörten der Umbau der Altmannsdorfer Straße, der Ausbau der Klosterneuburg-Tullner Straße, die provisorische Herstellung der Fahrbahndecke des Autobahn-Abschnittes Inzersdorf-Favoritenstraße und schließlich die Arbeiten im Zuge der Nordost-Autobahn.

Als zweiten Schwerpunkt der Arbeiten seiner Geschäftsgruppe nannte Heller den U-Bahn-Bau. Dabei betonte er, daß das Umleitungssystem im Bereich Karlsplatz zu einer Verbesserung der gesamten Verkehrsverhältnisse beigetragen habe. Der Schwerpunkt der Bauarbeiten für die U-Bahn werde 1970 im Bereich Karlsplatz liegen, doch sei beabsichtigt, den nächsten Abschnitt zwischen Paulanergasse und Theresianumgasse, in offener Bauweise Ende 1970 zu beginnen. Die Vorbereitungsarbeiten für die U 1 bis zum Reumannplatz würden ebenfalls zügig weitergeführt. Für den Bauabschnitt Stephansplatz-Nestroyplatz soll das Ausschreibungsprojekt fertiggestellt werden. Für die Linien U 1 und U 2 seien 1970 Ausgaben von 376 und für den Ausbau der Linie U 4 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Zum Projekt des verbesserten Hochwasserschutzes: 60 Millionen für den Ausbau des rechten und 20 Millionen für den des linken Donauufers zur Verfügung. Dazu kämen noch rund 34 Millionen für die im Zusammenhang stehenden Kanalbauten. Der Bau leiste dazu vereinbarungsgemäß 60 Millionen Schilling.

Auf Grund seiner Verhandlungen mit Minister Schleinzor sei damit zu rechnen, daß die Wasserrechtsverhandlungen im Jänner abgeschlossen werden könne, so daß dem Baubeginn im Frühjahr 1970 nichts mehr im Wege stehen dürfte. Freilich seien bereits vor allem am rechten Donauufer zahlreiche wichtige Vorarbeiten vorgenommen worden.

Bei seinen Ausführungen zum Brückenbau informierte Stadtrat Heller den Gemeinderat auch über die zusammenfassende Darstellung der drei Gutachter, die vom Bund und der Stadt gemeinsam bestellt worden waren, um den Schadensfall an der vierten Donaubrücke zu untersuchen. Daraus gehe hervor, daß der Schaden durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren wie die ungünstige Lastverteilung im Montagezeitpunkt, eine ungleichmäßige Temperaturdehnung und schließlich durch konstruktive und unvermeidbare Ausführungsungenauigkeiten, die in dieser Kombination nicht berechnet worden waren, verursacht worden sei. Die Lagerung der Brücke und das Material seien einwandfrei gewesen. Die Baufirma, ein weltbekanntes Wiener Unternehmen, habe ausdrücklich erklärt, die Brücke zu den vertraglich vereinbarten Kosten termingerecht fertigzustellen, so daß weder dem Bund noch der Stadt aus dem Unglücksfall Kosten erwüchsen.

Heller wies dann darauf hin, daß 1970 die Investitionen für die Abwasserversorgung Wiens bedeutend und zwar auf 219 Millionen Schilling erhöht würden: Besonders die Hauptkläranlage südlich des Donaukanals im Bereich von Kaiser-Ebersdorf, werde zu einer entscheidenden Verbesserung der Abwasser-Situation Wiens beitragen. Alle vorgesehenen Arbeiten zusammen, wozu auch der Umbau und der Neubau zahlreicher Kanäle gehörten, würden in den kommenden Jahren Investitionen von etwa 1,5 Milliarden Schilling notwendig machen. Unter anderem werde 1970 mit dem Bau des linken Donau-Sammelkanals begonnen, der die Abwässer des 21. und 22. Bezirkes aufnehmen und unterhalb der Donau zur Hauptkläranlage leiten soll.

Trinkwasserversorgung: Der Stadtrat legte dem Gemeinderat eine Prognose über die voraussichtliche Entwicklung des Wiener Wasserverbrauches vor: Der jährliche Zuwachs werde zwei bis drei Prozent oder etwa 3,6 Millionen Kubikmeter betragen. Dies bedeutete, daß spätestens 1974 der Wasserbedarf aus den derzeit ausgebauten oder im Ausbau befindlichen Versorgungsanlagen nicht mehr voll gedeckt werden könne. 1968 betrug der gesamte Wasserverbrauch 183 Millionen, 1974 werde er voraussichtlich mehr als 200 Millionen Kubikmeter ausmachen. Daher müßte der Ausbau der Wassergewinnungsanlagen forciert werden. Neben weiteren Quellauffassungen im Gebiet der I. und II. Hochquellenleitung sei vor allem die Nutzbarmachung des Grundwassers in der Mitterndorfer Senke vorgesehen.

Auf Grund einer wissenschaftlichen Studie wisse man nun einwandfrei, fuhr Heller fort, daß die Grundwasservorkommen im Wiener Gebiet selbst weitgehend ausgeschöpft seien. Der Vorwurf, die Wiener wollten Wasser aus anderen Bundesländern trinken, ohne zuvor die eigenen Vorräte genutzt zu haben, erfolge zu unrecht.

Mit "gedämpftem Optimismus" berichtete der Stadtrat dann dem Gemeinderat, daß der fast zwölfjährige Kampf um die III. Wiener Wasserleitung offenbar nun in ein Endstadium getreten sei. Landwirtschaftsminister Schleinzer habe der Stadt mitgeteilt, daß das Gutachten von Prof. Kresser unbestritten sei. Danach sei die Wasserentnahme aus dem Ebreichsdorfer Brunnen abzulehnen, jedoch eine dauernde Entnahme von je 400 Sekunden-Liter aus den beiden Brunnen in Moosbrunn zulässig. Freilich habe Schleinzer diese positive Stellungnahme an die Aufklärung von insgesamt fünf Bedenken geknüpft. Vier davon könnten nach Meinung der Experten kurzfristig und eindeutig geklärt werden.

Das fünfte Bedenken hingegen, das in dieser Form noch nie in einem wasserrechtlichen Verfahren vorgebracht worden sei, gäbe Grund zu einiger Besorgnis, erklärte Heller: Es sollte nämlich auf die Beeinträchtigung der Wasserreserven für unerwartete Entwicklungen im künftigen Bedarf der Siedlungen, der Landwirtschaft und im Grundwasserhaushalt Bedacht genommen werden.

Solche unerwartete Entwicklungen könnte man größenordnungsmäßig quasi y-beliebig einsetzen und damit unter Umständen das ganze Projekt wieder zu Fall bringen. Dabei sei es doch so, daß Prof. Kresser in seinem Gutachten ohnehin die künftige Entwicklung berücksichtigt habe. Aber als unverbesserlicher Optimist hoffe er, erklärte Heller, die nötigen Bewilligungen 1970 zu erhalten, mit den Arbeiten beginnen zu können und aus diesem Grund mit den derzeit im Budget vorgesehenen Mitteln nicht auszukommen. Den Wasserwerken würden im kommenden Jahr insgesamt 495 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, denen Einnahmen von 423,5 Millionen Schilling gegenüberstünden. Dem Ausbau der Rohrleitungen werde auch 1970 ein besonderes Augenmerk zugewendet.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Heller auch mit den Rohrnetzverlusten. Die Kritiker hätten immer wieder auf Statistiken anderer Städte hingewiesen, in denen die Netzverluste geringer als in Wien ausgewiesen würden. Er habe sich jedoch in den letzten Monaten davon überzeugt, daß die Berechnungen vor allem in den deutschen Städten ganz anders vorgenommen würden. Allein die Minderanzeigen der Meßgeräte, die etwa 2,3 Prozent ausmachten, würden bei den Wiener Berechnungen nicht berücksichtigt. Nähme man in Wien die gleichen Berechnungsgrundlagen wie in den deutschen Städten, komme man auch nur auf einen Netzverlust von 3,5 Prozent. Heller berichtete überdies, daß es in den letzten Tagen gelungen sei, für den größten Teil der eingereichten Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds für Projekte der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung eine grundsätzliche Zusage des Bautenministeriums zu erhalten.

Durch das Stadtgartenamt würden 1970 zusätzlich 500.000 Quadratmeter Garten- und Grünflächen geschaffen. Die Wiener Internationale Gartenschau 1974, die von der Stadt gemeinsam mit dem Bundesverband der Erwerbsgärtner am Südhang des Laaer Berges durchgeführt werde, stoße bereits jetzt auf großes internationales Interesse: An dem Ideenwettbewerb würden sich vermutlich mehr als 200 Teilnehmer aus 25 Staaten beteiligen. Schließlich streifte Heller noch die Probleme der Lärmbekämpfung, des Gewässerschutzes und der Luftverunreinigung. So sei an die Schaffung eines Baulärmgesetzes gedacht, doch müßten zuvor noch heikle Rechtsfragen geklärt werden.

Verkehrsregelung wird großräumiger  
=====5. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Referent: Stadträtin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP)

Einnahmen: 129,048.100 Schilling, Ausgaben 257,499.800 Schilling.

Wien, 16.12. (RK) Zu Beginn ihrer Budgetrede hob Stadträtin Dr. Maria Schaumayer die Tätigkeit der MA 25 aus ihrem "Schattendasein": hier werde wertvolle Arbeit geleistet, die sich auf Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohnhäusern, bautechnische Überwachung, Kostenersatzbescheide und auf die Begutachtung von Bauvorhaben, die aus öffentlichen Fonds gefördert werden, konzentriert.

Die Zahl der § 7-Anträge (Instandsetzungsarbeiten) nahm heuer deutlich ab, was wohl auf die Erwartung des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1969 zurückgeht. Mit diesem Gesetz erhält die MA 25 neue Aufgaben. Die neue Aktion, die hauptsächlich Aufzüge und Installationen umfassen wird, soll durch die Behörde "möglichst unbürokratisch und zügig" im Sinne der Wohnungsverbesserung abgewickelt werden.

Die Baupolizei ist bemüht, die Bevölkerung in erster Linie zu beraten. In den Bezirken 1 bis 9 und 20 stieg die Zahl der bewilligten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent auf 1.088, in den Bezirken 10 bis 19 und 21 bis 23 wurden 6.375 Wohnungen bewilligt. Dazu kommen noch zusätzlich 5.297 Gemeindewohnungen.

Bei den Einstellungsverfügungen der Baupolizei handelt es sich nicht um "Spitzelaktionen", sondern um Maßnahmen zum Schutz des Erholungsraumes. 228 Baueinstellungen in den äußeren Bezirken und 41 derartige Verfügungen in den Innenbezirken sind die Erfolgsbilanz im Kampf gegen das "wilde Bauen". Die zuständige Magistratsabteilung hat ferner für 72 Siedlungen Widmungsanträge zwecks Sanierung gestellt.

./.

Durch eine Änderung des Kleingartengesetzes, wobei die bebaute Fläche von 25 auf 35 Quadratmeter ausgedehnt werden sollte, könnten von den derzeit nicht bewilligten 4.161 Kleingärten 1.155 genehmigt werden. Stadträtin Schaumayer schlug die baldige Gesprächsaufnahme zur Änderung dieses Gesetzes vor.

Die Arbeiten an der Bauordnungsnovelle werden sich konkret im kommenden Jahr niederschlagen. Neue Kunststoffe lassen zudem Pionierarbeit auf dem Sektor der Baustoffzulassungen erwarten. Neue Bauweisen und neue Baustoffe müßten unter den Gesichtspunkten Stadtbild, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit eingesetzt werden. Eine neue Tätigkeit für die Baupolizei bringt schließlich der U-Bahn-Bau: das eisenbahnbehördliche Genehmigungsverfahren für die U-Bahn-Abschnitte wurde an diese Abteilung delegiert.

Die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wird 1970 in ihrem Neubau Rinnböckstraße arbeiten. Eine besonders interessante Arbeit dieser Anstalt waren heuer im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Erschütterungsmessungen im Bereich der Karlskirche sowie Schallmessungen entlang der künftigen U-Bahn-Trasse. Auch die Lärmbekämpfung gehört zu den Aufgaben dieser Abteilung.

Wien wurde heuer um drei Prozent heller. 1970 stehen 98,2 Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung zur Verfügung. Rationalisierungseffekte erwartet man aus den von Funkfernsteuerungsversuchen gewonnenen Erkenntnissen auch für die öffentliche Beleuchtung. Neue Aufgaben erwachsen für die Lichttechniker durch den U-Bahn- und Stadtautobahnbau.

Die mutwillige Beklebung der Lichtmasten bereitet Sorgen. 1969 mußten für Instandhaltungsanstriche an 3.000 Objekten 1,5 Millionen Schilling aufgewendet werden. Die Stadträtin schlug einen Design-Wettbewerb für Beleuchtungskörper vor.

Der höhere Ansatz der Budgetmittel (36,4 Millionen Schilling - ein Plus von acht Prozent gegenüber 1969) für die Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) ist gerechtfertigt durch den immer größer werdenden Erhaltungsaufwand bei Verkehrslichtsignalanlagen und Verkehrszeichen.

Die Arbeit dieser Abteilung ist in erster Linie eine verkehrspolitische Aufgabe, die eine echte Steuerung des Verkehrsgeschehens bewirken müsse. Dr. Schaumayer: "Ich kann dem Gemeinderat versichern, daß die MA 46 die nächste Umleitungsphase mit der gleichen Sorgfalt planen und ausführen wird, wie dies beim Karlsplatz zum Erfolg führte."

Im Straßenbauprogramm 1970 stechen vor allem die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, die systematische Vermehrung der Kurzparkzonen und der zweite Umleitungsabschnitt für den U-Bahn-Bau hervor. Aus den beim ersten Umleitungsabschnitt am Karlsplatz gewonnenen Erfahrungen wird die MA 46 1970 einer verbesserten Beschilderung und Bodenmarkierung sowie der Einrichtung eines speziellen Dienstes für die Reparatur beschädigter Verkehrszeichen ihr Augenmerk schenken.

An die Verkehrsleitzentrale werden 1970 sechs wichtige Signalgruppen angeschlossen, was einen bedeutenden Schritt in Richtung auf eine großräumige Verkehrsregelung darstellt. Die Initiative ihres Amtsvorgängers Dr. Drimmerl, hob die Stadträtin hervor, habe dazu geführt, daß Wien auf dem Gebiet der elektronischen Verkehrsregelung manche europäische Großstadt ins hintere Feld abgeschlagen habe.

Abschließend kam Stadträtin Schaumayer auf die Initiativen zur Novellierung der Friedhofsordnung und die bereits bekannten Resultate der Befragungsaktion zu sprechen. Ein spezieller Unterausschuß hat soeben seine Arbeit aufgenommen. In zahlreichen Zuschriften sei auch die Sorge der Bevölkerung über die Benützungsdauer von Grabstätten zum Ausdruck gekommen. Sie habe in diesem Zusammenhang dem Unterausschuß einen Änderungsvorschlag zugeleitet, der weitere Verlängerungsmöglichkeiten vorsieht. Es werde ihre Aufgabe sein, betonte die Stadträtin, dem Gemeinderat im nächsten Jahr den Entwurf einer liberalisierten neuen Friedhofsordnung vorzulegen, der die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

---

## pruefung der wiener stadtverfassung

3 wien, 16.12. (rk) vor dem verfassungsgerichtshof wurde diensttag das verfahren zur ueberpruefung einiger bestimmungen der wiener stadtverfassung fortgesetzt. praesident a n t o n i o l l i gab dabei bekannt, dass die verkuendigung des erkenntnisses im pruefungsverfahren morgen, mittwoch, um 8.30 uhr erfolgen werde. im anschluss daran wird das beschwerdeverfahren des wiener gemeinderates franz o l a h fortgefuehrt.

1048

## personalnachrichten

6 wien, 16.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am diensttag die obermagistratsraete dr. leopold h a f n e r (magistratsabteilung 50), dr. herbert k r e n d l e s b e r g e r (magistratsabteilung 5), dr. richard s e h n a l (magistratsabteilung 65) sowie die oberstadtbauraete dipl.ing. otto e n g l b e r g e r (magistratsabteilung 18) und dipl.ing. richard p e t r y n a (verkehrsbetriebe) in die dienstklasse 8 befoerdert und ihnen den titel s e n a t s r a t verliehen.

der magistratsrat dr. alfred v o j i k (magistratsabteilung 12) wurde zum o b e r m a g i s t r a t s r a t, die stadtbauraete dipl. ing. herbert b e c h y n a (magistratsabteilung 37), dipl.ing. viktor b u k o v n i k (magistratsabteilung 43) sowie dr. edith s z o l d a t i c s (e-werke) wurden zu oberstadtbauraeten und die amtsraete karl b a u e r (generaldirektion), franz e i g n e r (e-werke), kurt g l u t t i g (magistratsabteilung 17), franz h o e l b l i n g (magistratsabteilung 6), egon k r e i s a (magistratsabteilung 50), alois l i p p e r t (magistratsabteilung 4), zu o b e r a m t s r a e t e n und der technische amtsrat ing. ferdinand h i m s l (gaswerke) zum t e c h - n i s c h e n o b e r a m t s r a t befoerdert.

1136

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Tiefbau-Debatte  
=====

Wien, 16. 12. (RK) GR. Müller (DFP) bemängelte, daß für Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Reinhaltung der Luft zu geringe Mittel - nur 200.000 Schilling - bereitgestellt wurden. Durch Verkauf des krebsfördernden Biomulls werde der Boden vergiftet.

Statt im Zuge des Hochwasserschutzes ein zweites Flußbett anzulegen, sollte die Alte Donau als Umfluter benützt werden.

Im Straßenbau sollte an weniger Baustellen rascher gebaut werden. Gegen eine Verunreinigung der Straßen sollte mit strengeren Strafen vorgegangen werden, als Aufsichtsorgane könnte man uniformierte Pensionisten verwenden.

Beim Bau der dritten Wiener Wasserleitung sollte eine Nutzwasserleitung mitgebaut werden.

Bei der Müllabfuhr sei die Umstellung auf Großraumgefäße zwar zu begrüßen, vielfach haben aber diese neuen Gefäße nicht die Kapazität der kleinen Mülltonnen, die in größerer Zahl vorhanden waren.

Nicht nur einige Gartenanlagen und Parks sollten ausgestaltet werden, sondern auch die "Bessel-parks" in den äußeren Bezirken.

Vor Baubeginn der U-Bahn hätten die bereits vorhandenen Massenverkehrsmittel verbessert gehört: Frequenzsteigerung bei Straßenbahn und Autobus, nicht Einstellung von Autobuslinien. Erst durch die auf dem Karlsplatz notwendig gewordenen Umleitungen sei man daraufgekommen, daß der Verkehr durch Einbahnen günstiger geführt werden kann.

In der Mariahilfer Straße sind die in der Straßenmitte verlegten Straßenbahnschienen schwer verkehrsbehindernd. Der Massenverkehr sollte auf Autobusse umgestellt werden. In allen Hauptverkehrsstraßen sollten die Straßenbahnschienen an den Straßenrand verlegt werden; dadurch wären auch die immer wieder anfallenden Gleisreparaturen weniger verkehrsbehindernd.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) fand, die "Konzentration der Kräfte" in den beiden neuen Verwaltungsgruppen Tiefbau und Hochbau zwar begrüßenswert, bemängelte jedoch, daß zahlreiche mit dem U-Bahn-Bau befaßten Dienststellen nach wie vor auf verschiedene Gruppen verteilt sind. Eine eigene U-Bahn-Dienststelle wäre seiner Meinung nach besser.

Die Befürchtungen der Geschäftswelt über Störungen durch den U-Bahn-Bau erscheinen vielfach übertrieben. Am Beispiel München zeige sich, daß wichtige Verkaufsstraßen im U-Bahn-Bereich, die zu Fußgängerzonen erklärt wurden, eher umsatzanregend wirken. Bisher gebe es in München wenig Schwierigkeiten mit Entschädigungsforderungen. Von großer Bedeutung ist aber die rechtzeitige und lückenlose Information. Broschüren sind begrüßenswert, es ist jedoch blamabel, wenn darin falsche Straßennahmen vorkommen. Den zweiten U-Bahn-Prospekt fand Schmidt im Ton zu wenig freundlich und wienerisch, sondern "geschwollen".

Die geglückte Premiere des "Umleitungszirkus" am Karlsplatz mit der Schaffung neuer Verkehrswege zeigt, daß die Kapazität der Wiener Straßen noch nicht völlig ausgeschöpft ist.

Stimmt es, so fragte GR. Schmidt den Tiefbaustadtrat, daß Wien bis heute keine Ahnung hat über das detaillierte Bauprogramm des Bundes 1970 in Wien. Ferner, wieviel der heurigen Bundesmittel sind noch nicht verbraucht worden? Überhaupt wäre ein besserer Kontakt - eine Art "rotes Telefon" zwischen Bautenminister und Tiefbaustadtrat wünschenswert. Dies nicht nur bei unangenehmen Dingen (zum Beispiel vierte Donaubrücke) sondern auch in Fragen der rationellen Steuermittelverwendung.

GR. Schmidt beklagt dann die teilweise ungenügende Beschreibung und stellt die Forderung nach einem wirkungsvollen, vor allem kreuzungsfreien Schnellstraßennetz auf.

Die Bedeutung des Kanalnetzausbaues wurde bisher unterschätzt, die hier geplanten Investitionen sind zu begrüßen. Immer noch hoffen aber weite Siedlungsgebiete seit Jahren auf den Kanalan-schluß.

Hinsichtlich des Starts der dritten Wasserleitung zeigte Dr. Schmidt wenig Optimismus, die Untersuchungen hätten schon 1948 begonnen. Wenn man dazu die Bauzeit der ersten Wasserleitung

(1866 bis 1873, Vorbesprechungen ab 1858) vergleicht, müsse man der Gemeinde Wien doch ein "gerütteltes Maß an Inaktivität" vorwerfen.

Beklagt wird von der Bevölkerung - insbesondere von den Frauen - die ständige Abnahme der öffentlichen Bedürfnisanstalten. (1958 269, 1968 nur mehr 238).

Auch hinsichtlich der Luftverunreinigung, Wasserverschmutzung und Lärmbekämpfung sei die Stadt Wien in ihren Gegenmaßnahmen recht zögernd und wenig wirkungsvoll.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) dankte der Wiener Straßenreinigung für ihre Bewährung anlässlich der "Zerreißprobe" nach den jüngsten Schneefällen. Auch die Verkehrsbehinderung durch die Fahrzeuge der Müllabfuhr sei nach Koordinationsgesprächen stark vermindert worden.

Der Redner bedauerte, daß der Aufwand für Verkehrsbauten seit 1964 ständig gesunken sei, im Voranschlag 1970 nur mehr 1,9 Prozent betrage. Der Bund greife hier rettend ein: Im Jahr 1970 werde jeder zweite Schilling für Straßenbauten in Wien aus Bundesmitteln stammen.

Im Straßenzustand sei seit 1945 viel erreicht worden, die totale Winterfestigkeit der Wiener Straßen sei immer noch nicht gegeben. Der Redner widmete sich auch eingehend einem Detailproblem: Man solle sich doch mehr nach Möglichkeiten umsehen, wie Verkehrsbauwerke auch unter Mitführung eines Kinderwagens benützt werden könnten. Schließlich richtete Hoffmann an alle Beteiligten den Appell, sie mögen "zusammenarbeiten, um Wien auch auf dem Straßensektor zu einer Weltstadt zu machen."

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) erklärt, daß wir beim U-Bahn-Bau gewisse Fixpunkte unter der Erde, z. B. den Wienfluß, nicht verändern können. Die gemachten Vorschläge sollen jedoch untersucht werden. Der Meinung, auch Wien sollte ein U-Bahn-Amt haben, könne er nicht zustimmen. Das Stadtbauamt verfügt über die entsprechende Zahl von Technikern und die diversen Abteilungen arbeiten bestens zusammen. Die Abteilungen haben während der vergangenen drei Jahre gute Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau geleistet, ausländische Erfahrungen studiert und auch die

immer wieder neu auftauchenden Systeme berücksichtigt. Es gibt eine Internationale der U-Bahn-Bauer, mit der wir in engem Kontakt arbeiten.

Bisher wurden sämtliche geplanten Termine für den U-Bahn-Bau eingehalten. Die Ausschreibung selbst wurde von Fachleuten als vorbildlich bezeichnet. Auch für eine möglichst geringe Schallbelästigung wurde Vorsorge getroffen.

Nach den umfangreichen Vorbereitungsarbeiten konnte am 3. November am Karlsplatz mit dem U-Bahn-Bau begonnen werden. Vorher war es notwendig, die Versorgungsleitungen umzulegen, eine Grundwasserabsenkung vorzusehen und die nötigen Umfahrungsstraßen mit sämtlichen Einbauten zu errichten.

Wir müssen allen jenen danken, die diese Vorarbeiten so vorbildlich geleistet haben. Wichtige Studien werden unter anderem über die Normung von U-Bahn-Rolltreppen, Erdungs- und Schutzmaßnahmen, strömungstechnische und thermodynamische Vorkehrungen geleistet. Ein Architektenwettbewerb wird für die Gestaltung der Stationen die gestalterisch eine Einheit bilden sollen ausgeschrieben.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) forderte Stadtrat Heller auf, in seiner Eigenschaft als Staatskommissär für die Internationale Gartenschau in Ober-Laa, die am 18. April 1974 ihre Pforten öffnen wird, darauf zu achten, daß nicht wieder so hohe Kostenüberschreitungen vorkommen wie bei der Gartenschau im Donaupark. (Dort belief sich die Überschreitung auf 100 Prozent).

Die Heilquelle Ober-Laa fließt nunmehr bereits das vierte Jahr, das provisorische Bad - am 2. Oktober eröffnet - befindet sich in einem barackenähnlichen Holzgebäude und ist infolge geringer Kapazität lange Zeit im Voraus ausgebucht. Das warme Heilwasser wird nur in geringem Maße genützt: 100 Wannen täglich, während pro Tag 6.000 Wannen gefüllt werden könnten. Samstag und Sonntag sei kein Kurbetrieb.

Vielleicht wäre es besser gewesen, nicht Stadtgardendirektor Ing. Auer zum Geschäftsführer der Heilquelle zu bestellen - der auch mit den Vorbereitungen der Gartenschau beschäftigt ist - sondern einen Arzt oder einen kommerziellen Fachmann.

Abschließend bezeichnete der Debattenredner die verkehrsmäßige Erschließung des Gartenschau- und Heilquellengeländes als ungenügend. Für den Individualverkehr werden zwar genügend Straßen zur Verfügung stehen, außerdem seien 10.000 Parkplätze (davon 7.000 als Provisorium nur während der Gartenschau) vorgesehen, für den Massentransport werde man aber mit der Verlängerung der Autobuslinie 167 bis zum WIG-Gelände kaum das Auslangen finden. Diese Linie ist bereits jetzt stark überlastet.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka wiederholte seinen bereits früher gemachten Vorschlag, die Donau-Uferbahn schnellbahnmäßig auszubauen. Auf ihrer Trasse könnte ein zweites Geleise verlegt werden, da die Bahnlinie ursprünglich zweigleisig war (das zweite Geleise wurde während der Besatzungszeit demontiert). Bis zur Elektrifizierung könnten die Züge mit Diesellokomotiven geführt werden. Aus dem Raum von Meidling könnten die Züge über die Pottendorfer Linie nach Ober-Laa fahren.

GR. Nittel (SPÖ) attackierte die "uneinheitliche" Haltung der ÖVP zum Hochwasserschutz. Hätte man sich zur Kaiserzeit - so meinte er - auch für die kleinlichere Lösung entschieden und nur die bestehenden Dämme verdichtet, würden links der Donau heute noch Fischerdörfer sein.

Niemand weiß, ob bei einer nächsten Hochwasserkatastrophe der Damm nicht bricht und die Bezirke links der Donau einschließlich des Umlandes gefährdet werden. Es wird Zeit zur sachlichen Zusammenarbeit, das großzügige Schutzprojekt ist kein Gegenstand der Parteidemagogie. (ÖVP-Einwurf von Neusser: "Wir haben nichts gegen die Insel gesagt, nur gegen den Zeitpunkt.")

Der Redner polemisierte dann - unter ÖVP-Protestrufen - gegen den "Alleingang" des Bundes bei der Namensgebung der vierten Donaubrücke und sagte, die Wiener Bevölkerung sei darüber mit Recht empört. In diesem Zusammenhang beschwerte sich Nittel auch über die "fehlslässige Berichterstattung" mancher Zeitungen. Er appellierte an die Presse, die positive Arbeit der Mandatäre mehr zu unterstützen und brach auch eine Lanze für feierliche Straßen- und Brückenübergaben durch politische Funktionäre.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich mit der zukünftigen Trinkwasserversorgung Wiens: Der gedämpfte Optimismus in Sachen dritter Wasserleitung sei ebenso erfreulich wie die - rechnerisch ermittelten - verminderten Rohrnetzverluste. Merkwürdigerweise habe die Wiener SPÖ allerdings auf ein Angebot des burgenländischen Nationalrats Robak keine Antwort erteilt, burgenländisches Wasser nach Wien zu leiten.

Zum Kapitel Gewässerschutz sagte Strunz, man solle sich doch die Gewässersanierung anderswo ansehen und daraus für die Alte Donau Lehren ziehen. Er selbst habe einen Berliner Badesees erfolgreich saniert.

Luftreinhaltung: Die Dotierung von 200.000 für das einschlägige Referat der Baudirektion sei mehr als kärglich, etwa verglichen mit den elf Millionen, die als Ausgabeposten für Repräsentationszwecke des Rathauses vorgesehen seien.

Zur Wasserversorgung brachte Dr. Strunz einen Antrag ein, der eine Fortsetzung jener Versuche fordert, die im Jahr 1951 zur künstlichen Grundwassergewinnung im südlichen Wiener Becken begonnen wurden.

GR. Stockinger (SPÖ) bezeichnet die Bundesbeiträge für den Wiener Straßenbau als zu gering. Die Bundeseinnahmen an Mineralölsteuer betragen 4,9 Milliarden, Wien erhielt davon nur etwas mehr als 500 Millionen, obwohl 40 Prozent der Mittel von Wiener Autofahrern aufgebracht werden. Trotzdem können wir feststellen, daß die Straßenverhältnisse in Wien durch die Leistungen der Stadtverwaltung gut sind. Praktisch besteht der gesamte Wiener Straßenbelag aus rutschfestem Material.

Zum U-Bahn-Bau: Rein sachlich muß man feststellen, daß die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene durch die Elektrifizierung der Stadtbahn zur Amtszeit von Bürgermeister Seitz erfolgte und die Schnellbahn gegen den Widerstand der ÖVP-Fraktion während der Amtszeit von Verkehrsminister Waldbrunner durchgesetzt wurde. Auch der seinerzeitige Verkehrsminister Probst ließ ein Schnellbahnkonzept für Wien ausarbeiten, von dem man aber seit der ÖVP-Alleinregierung nichts mehr hört. Ja nicht einmal für die Schnellbahnstationen brachte der Bund die notwendigen Mittel auf, sie mußten von der Stadtverwaltung im Wege der Vorfinanzierung errichtet werden.

Für die Behebung des Schadens an der vierten Donau-  
brücke kommt die bauausführende Firma durch Heranziehung  
von Versicherungen auf.

Der etappenweise Ausbau der Hauptkläranlage geht weiter  
und in acht Jahren wird eine 70 prozentige Reinigung des Wiener  
Abwassers erfolgen können. Leider läßt auch hier die Bundes-  
förderung zu wünschen übrig. Die Kläranlage Blumental arbeitet  
bereits vollbiologisch und klärt das Abwasser zu mehr als 90  
Prozent. Das Wasser, das in den Liesingbach über die Klär-  
anlage abgeleitet wird, hat nur ein Viertel des Schmutzanteils  
des Wassers des Liesingbaches.

Zur Wasserversorgung: Durch die Wiental-Wasserleitung zu-  
sätzliche Quellfassungen, Verdoppelung der aus dem Grundwasser-  
werk Lobau geförderten Menge konnte die tägliche Wasseran-  
lieferung um 120.000 Kubikmeter vermehrt werden. Daneben wird  
seit 1948 versucht, mit dem Bau der III. Wasserleitung zu  
beginnen.

Die Straßenreinigung hat den überdurchschnittlichen  
Schneefall gut gemeistert. Ihr und auch den disziplinierten  
Autofahrern ist zu danken.

Die gute Arbeit des Stadtgartenamtes hat sicher einen großen  
Anteil an der Anziehungskraft, die Wien auf die Fremden ausübt.  
Die öffentlichen Gartenanlagen dienen der Gesunderhaltung der  
Bevölkerung und der Luftverbesserung. Ein Hektar Grünfläche mit  
Baumwuchs vermag 45 Tonnen Staub zu binden.

Bei der Schaffung der Donauinsel dürfte man nicht auf die  
Anlage von Campingplätzen verzichten. Der WIG 74 ist zu wünschen,  
daß sie ein ebensolcher Erfolg wird wie die WIG 64.

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Heller fest, daß  
der von der "Biomull" hergestellte Dünger keineswegs krebs-  
fördernd sei; das Fabrikat steht unter ständiger Kontrolle der  
Hochschule für Bodenkultur.

Die Umstellung einer Straßenbahnlinie auf Autobusbetrieb  
ist nur dann möglich, wenn die Frequenz gering ist; bei starker  
Frequenz ist die Straßenbahn nicht ersetzbar.

Durchstich Alte Donau: Er würde nicht nur die Qualität  
des Badewassers verschlechtern, sondern wäre auch ein unzureichender  
Hochwasserschutz, weil im Stadtgebiet gelegen. ./.

Verkehrsreserven: Die 1955 in Wien durchgeführte internationale Verkehrsenquete zeitigte 109 Empfehlungen; davon wurden bereits 101 verwirklicht.

Kinderwagen-Rampen bei Fußgängerpassagen zu bauen ist aus technischen Gründen kaum möglich (Platzmangel).

Bundesstraßen: Innerhalb des Wiener Stadtgebietes sind nur die Wiental-Begleitstraßen und die Südbahn Bundesstraßen, alle anderen Einfahrten sind ab Stadtgrenze Gemeindestraßen. Die Mittel des Bundes für diese Straßen stammen aus zweckgebundenen Steuern, die größtenteils von der Wiener Bevölkerung und der Wiener Wirtschaft aufgebracht wurden.

Bundesmittel für den Straßenbau konnten erstmalig 1969 für andere Projekte, als sie bestimmt waren, verwendet werden. Für 1970 ist das Straßenbauprogramm des Bundes noch nicht bekannt.

Eine Trennung des U-Bahn-Baues vom übrigen Baugeschehen erscheint nicht zweckmäßig.

Donauwasser als Nutzwasser ist ohne entsprechende Aufbereitung unbrauchbar.

Burgenländisches Wasser für Wien: Die angebotene Menge ist zu geringfügig, sie würde nicht die erforderlichen Aufwendungen rechtfertigen.

Ozonisierung des Trinkwassers: Macht das Wasser nur an der Durchflußstelle keimfrei, nicht aber im Leitungsnetz. Städte, die ozonisierten, chlorieren nun zusätzlich.

Bedürfnisanstalten: 1945 gab es 75, jetzt bestehen 143 Anstalten.

Kosten der WIG 74: Können noch nicht bekanntgegeben werden, weil noch keine Projekte vorliegen. Der Plan für die verkehrsmäßige Aufschließung von Ober-Laa wird 1970 vorliegen.

Heilquelle Ober-Laa: Samstag und Sonntag findet deshalb kein Kurbetrieb statt, weil noch nicht genug Fachpersonal vorhanden ist. Ab Februar 1970 wird der Kurbetrieb auch an Samstagen von 7 bis 21 Uhr durchgeführt werden.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ein Antrag der ÖVP, betreffend die Verbesserung des Trinkwassers, wurde zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Tiefbaudebatte (Zusammenfassung)  
=====

Wien, 16.12. (RK) Am fünften Tag der Budgetdebatte referierte Tiefbaustadtrat Kurt Heller (SPÖ) über sein Ressort mit Ausgaben von 1.750 Millionen. Allerdings sind große Projekte, wie zum Beispiel U-Bahn und Hochwasserschutz nicht in diesem Ressort budgetiert. So beträgt, wie der Stadtrat betont, allein der Gesamtaufwand für alle Verkehrsbauten im kommenden Jahr 1,6 Milliarden Schilling. Das Tiefbaubudget wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Heller bedauerte, auch heuer dem Gemeinderat nicht das Programm des Autobahn- und Bundesstraßenbaues vorlegen zu können. Es fehlt leider ein langfristiges Finanzierungskonzept des Ministeriums.

Schwerpunkt der Gruppe Tiefbau ist 1970 der U-Bahn-Bau. Man wird vor allem im Bereich Karlsplatz, aber auch zwischen Paulanergasse und Theresianumgasse mit den Arbeiten beginnen. Für den verbesserten Hochwasserschutz stehen 114 Millionen, davon 60 Millionen vom Bund, zur Verfügung.

Für Kanalbauten (Hauptkläranlage, linker Donausammelkanal) sind in den kommenden Jahren etwa 1,5 Milliarden budgetiert.

Die Wasserwerke rechnen mit einem jährlich um 3,6 Millionen Kubikmeter steigenden Wasserverbrauch. 1974 wird Wien bereits 200 Millionen Kubikmeter benötigen. Die Grundwasservorkommen im Wiener Gebiet sind weitgehend ausgeschöpft, so daß der Bau der 3. Wasserleitung unbedingt notwendig sei. Der Stadtrat hoffe, die nötigen Bewilligungen für den Bau der 3. Wasserleitung im kommenden Jahr zu erhalten.

Durch das Stadtgartenamt werden 1970 zusätzlich 500.000 Quadratmeter Gartenflächen geschaffen. Am Ideenwettbewerb für die WIG 74 werden sich mehr als 200 Teilnehmer aus 25 Staaten beteiligen.

GR. Müller (DFP) macht verschiedene Vorschläge. Zum Hochwasserschutz; die Alte Donau als Umfluter zu benutzen, strenge Strafen für Verunreinigung von Straßen; Bau einer Nutzwasserleitung, Verlegung der Straßenbahngleise an den Straßenrand.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verlangt eine unabhängige U-Bahndienststelle und bezeichnet die Premiere des Umleitungszirkus als geglückt. Bedauerlich sei, daß in der Broschüre falsche Straßen-

namen vorgekommen sind. Skeptisch war Dr. Schmidt wegen der dritten Wasserleitung. Bedauerlich sei die ständig geringer werdende Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) dankte der Stadtreinigung für ihre Bewährung bei den letzten Schneefällen. Bedauerlicherweise sinke der Aufwand für Verkehrsbauten ständig. Der Bund greift jedoch rettend ein. Jeder zweite Schilling für Straßenbauten stammt 1970 aus Bundesmitteln.

GR. Ing. Nedwel (SPÖ) erklärt, Wien brauche kein eigenes U-Bahn-Amt; das Stadtbauamt verfügt über die entsprechende Zahl von Technikern und die Abteilungen arbeiten bestens zusammen.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) fordert auf, darüber zu achten, daß nicht wieder so hohe Kostenüberschreitungen für die WIG 74 vorkommen wie bei der WIG 64. Die Heilquelle Ober-Laa wird nur gering genützt; 100 Wannen täglich, während 6.000 Wannen gefüllt werden könnten. Das künftige Gartenbaugelände sei auch verkehrsmäßig zu wenig erschlossen.

GR. Nittel (SPÖ) ruft Protest bei der ÖVP hervor, als er gegen den Alleingang des Bundes bei der Namensgebung der vierten Donaubrücke Stellung nimmt. Der Redner beschwert sich auch über die fahrlässige Berichterstattung mancher Zeitungen.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) bringt einen Antrag ein, die Versuche fortzusetzen, die 1951 zur künstlichen Grundwassergewinnung im südlichen Wiener Becken begonnen wurden.

GR. Stockinger (SPÖ) bezeichnet die Bundesbeiträge für den Wiener Straßenbau als zu gering. Zum U-Bahn-Bau: die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene wurde bereits zur Amtszeit von Bürgermeister Seitz durch die Elektrifizierung der Stadtbahn begonnen. Die Schnellbahn mußte gegen den Widerstand der ÖVP von Verkehrsminister Waldbrunner durchgesetzt werden. (Schluß.)

## neue schneefaelle

7 wien, 16.12. (rk) mit schnee werden die wiener im dezember in keiner weise bescheiden bedacht. in der vergangenen nacht setzte bei einer temperatur um 0 grad celsius leichter schneefall ein, der verbreitet im ganzen stadtgebiet schneeglaette verursachte. daher wurde die ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten angeordnet.

heute dienstag, den 16. dezember herrscht bei einer temperatur von wiederum 0 grad bedecktes ruhiges wetter. die hauptfahrbahnen sind auf grund des naechtlichen einsatzes salzfeucht und gut befahrbar. 2289 schneearbeiter (davon 741 mann eigenes personal und 1548 tagloehner), 34 schneepfluege, 214 streufahrzeuge, 214 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 11 sandlademaschinen und 101 schneeladegeraete stehen im einsatz.

1139

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 16.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5 schilling, kohl 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 1) 10 schilling, aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, orangen 5,50 bis 6 schilling, mandarinen 9 bis 10 schilling je kilogramm.

1530

aus der heutigen stadtsenats-sitzung

5 wien, 16.12. (rk) diensttag frueh fand im rathaus die letzte sitzung des wiener stadtsenates vor dem abschluss der budgetdebatte statt. sie ist aber noch nicht die letzte sitzung dieser koerperschaft in diesem jahr, denn der stadtsenat wird auch noch am 23. dezember zusammentreten. die erste sitzung im kommenden jahr ist fuer den 13. jaenner anberaumt.

heute wurden einschliesslich der vorangegangenen kurzen sitzung der wiener landesregierung insgesamt 115 geschaeftsstuecke behandelt. darunter befanden sich sehr wichtige, wie zum beispiel die erhoehung des kreditrahmens und der einzelkredite in der investitions-kreditaktion der gemeinde wien fuer gewerbliche betriebe. der kreditrahmen und die einzelkredite wurden auch fuer die existenzgruendungskredite erhoehrt. weiter wurde die vereinbarung zwischen der stadt wien und der kammer der gewerblichen wirtschaft ueber die richtlinien fuer die gewaehrung von hilfen durch diese beiden institutionen an die durch den u-bahn-bau in ihrer existenz bedrohten gewerbetreibenden behandelt. fuer einen schulneubau im 22. bezirk, meissnergasse, wurde die grundsaezliche genehmigung erteilt. zwecks errichtung eines sonderkinder-garten-tagesheimes auf dem ringelseeplatz in floridsdorf wurden entwurfkosten und baubewilligung referiert.

beantragt wurden ferner untersuchungen des oeffentlichen verkehrs von wien im zusammenhang mit dem u-bahn-bau (zweite bau-phase), die durchfuehrung eines konstruktiven vorprojektes fuer den quertel-sued vom landstrasserknoden bis blamauergasse, ferner auftraege an das institut fuer empirische sozialforschung zwecks analyse des privaten konsums.

fuer die errichtung des fuenften bauteils der staedtischen wohnhausanlage, 10, per albin hansson-siedlung ost, wurden entwurfkosten und baubewilligung vorgelegt. eine reihe von antraegen befasste sich mit dem ausbau der wasserversorgung und der errichtung koordinierter automatischer verkehrslightsignalanlagen. auf der tagesordnung gab es ferner subventionen fuer zahlreiche kulturelle einrichtungen und die einsetzung einer kommission des gemeinderates zur untersuchung der moeglichkeiten einer weiteren verbesserung der betreuung der altersheimpflege.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)Debatte Baubehördliches  
=====

Wien, 16. 12. (RK) Dr. Tuma (DFP): Die wertvolle Arbeit der MA 25 ließ diese zu einer objektiven Mittlerin zwischen Hauseigentümern und Mietern werden. Ihre Gutachten werden heute "unbeschaut" von den Richtern respektiert. Die Baupolizei wirkt heute in erster Linie beratend und trägt damit zur Baudisziplin bei. Hinsichtlich der schwierigen Ersatzvornahmen findet der Redner eine kostendeckende Gebarung völlig gerechtfertigt.

Gegen Gleichmacherei und für individuelle Grabgestaltung plädiert Tuma beim Thema Friedhöfe.

Verkehrsanlagen müßten noch viel besser ausgebaut werden, hier kommt es weniger auf finanziellen Einsatz sondern mehr auf Nachdenken an.

GR. Peter (FPÖ) würdigte die gute öffentliche Beleuchtung, kritisierte allerdings Mängel, wie etwa ein Stück des Handelskais, das seit Jahren völlig unbeleuchtet ist. Bei den städtischen Uhren wäre es angebracht, ein Lichtsignal anzubringen, das bei Stillstand der Uhr aufleuchtet.

Zum Friedhofsproblem begrüßte der Redner die Fragebogenaktion der Stadtverwaltung, sprach sich jedoch für äußerste Behutsamkeit bei allen geplanten Maßnahmen aus. Grundsätzlich solle im Bereich des Totenkults dem persönlichen Geschmack größtmöglicher Spielraum garantiert werden.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) bezeichnet die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien als eine der erfreulichsten Abteilungen unserer Verwaltung, die aus bescheidenen Verhältnissen etwas aufgebaut hat, das einen echten Dienst an der Bevölkerung darstellt.

Bei der öffentlichen Beleuchtung ist es das große Problem, von der Oberflächenbeleuchtung zur differenzierten Beleuchtung zu kommen, die nicht nur der Ästhetik, sondern auch der Verkehrssicherheit bestens Rechnung tragen muß.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß öffentliche Einrichtungen zu Wahlzeiten für die Plakatierung mißbraucht werden. Die Demokratische Partei müßte sich hier im nächsten Wahlkampf Zügel anlegen. Der Appell des Bürgermeisters allein wird leider nichts nützen. Man müßte es zur Beurteilung einer Partei miteinbeziehen, wie diszipliniert sie in der Plakatierung ist. Vielleicht könnte man für die Plakatierung verwendete städtische Einrichtungen mit einem Belag versehen, der das Bekleben unmöglich macht.

Das Interesse der Bevölkerung an der Friedhofsgestaltung sei noch größer, als man erwartet hat. Auf die Befragungsaktion gingen in kurzer Zeit 91.000 Rückantworten ein, die raschest ausgewertet wurden, und nun auch berücksichtigt werden sollen.

GR. Peska (SPÖ) kam ebenfalls auf die Friedhofsordnung zu sprechen, die nun erneut entsprechend den Wünschen der Bevölkerung abgeändert werden soll. Alle Maßnahmen, die eine Gleichmacherei als Ziel haben, seien verfehlt; im Rahmen der neuen Bestimmungen, mit deren Ausarbeitung ein Ausschuß befaßt ist, wird ein weiterer Gestaltungsspielraum geboten werden.

Den bei der Friedhofsbefragung mitausgegebenen Prospekt bezeichnete der Debattenredner als den mißglückten Versuche einer Aufklärungsschrift:

Die 46 Wiener Friedhöfe sind 446 Hektor groß. Sie umschließen 564.000 Erdgräber und 59.000 Urnengräber. Von den 28.000 Bestattungen im Laufe eines Jahres sind 85 Prozent Erdbegräbnisse und 15 Prozent Urnenbeisetzungen. Pro Jahr werden rund 8.000 Neu- oder Wiederbelegungen durchgeführt. Während nach dem Ersten Weltkrieg 40 Prozent der Bestattungen in Schachtanlagen erfolgten, gibt es jetzt nur mehr drei Prozent Schachtbegräbnisse.

Abschließend kam GR. Peska auf die Straßenbeleuchtung zu sprechen und teilte mit, daß in Wien zur Zeit 162.000 Straßenlampen in Betrieb stehen. Einige Straßenzüge sind allerdings noch immer nicht ausreichend beleuchtet, und zwar Praterstraße, Ausstellungsstraße, Simmeringer Hauptstraße und Kaiser-Ebersdorferstraße.

An der Kreuzung Simmeringer Hauptstraße-Weißenböckstraße ist die Installierung einer Verkehrsampel dringend notwendig.

GR. Neusser (ÖVP) unterstrich zunächst, daß GR. Windisch (SPÖ) der Vater der Fragekartenaktion auf den Friedhöfen ist.

Dann ging er zu Verkehrsproblemen über: Die heutige Verkehrsleitzentrale sei ein Verdienst des jetzigen Kammerpräsidenten Lakowitsch, der seinerzeitige Vizebürgermeister Drimmel hat sie mit einem Computer bestückt. Diese Weitsicht und der Einsatz einer österreichischen Firma beim Aufbau der Anlage habe dazu geführt, daß Wien zu einem Mekka für die computergesteuerte Verkehrslenkung wurde.

Die Kapazität des auf 300 Kreuzungen ausgelegten Verkehrsrechners ist erst zu einem Drittel ausgenützt. Bis Anfang 1970 werden 120 Kreuzungen angeschlossen sein. Derzeit sind 19 TV-Kameras installiert, fünf weitere (darunter eine am Wienerberg mit 10 Kilometer Reichweite) sind im Bau. An Beispielen in Margareten und in Simmering kritisierte Neusser die derzeitige Einbahnregelung und verlangte ein Gesamtkonzept für Einbahnen.

Aus Zeitungsmeldungen, wonach Stadtrat Pfoch einen Kraftfahrbeirat bei der Stadtplanung angeregt hat, schloß der Redner, daß sich die SPÖ nun den 1966 eingebrachten ÖVP-Antrag eines Verkehrsbeirates zu eigen gemacht hat. Für den Fall, daß es doch nicht zu dieser Institution kommt, schlug Neusser ein Gremium vor, das innerhalb der Geschäftsgruppe mit den Kraftfahrverbänden und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit einschlägige Fragen behandelt. Der Redner urgiert auch Berichte über die Arbeit eingesetzter Spezialkommissionen, zum Beispiel für den Bau unterirdischer Garagen.

Mit Nachdruck forderte Neusser eine Hilfspolizei aus Pensionisten und Frauen zur Ahndung von Parksündern. Wenn man für diese Arbeit hochqualifizierte Polizisten in Ledermontur einsetzt, erscheinen die ständigen Klagen über den Personalmangel bei der Polizei wenig glaubhaft. Ähnlich wie bei den Schülerlotsen in den übrigen Bundesländern könnte Wien mit einer solchen Initiative - auch ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung vorangehen. Abschließend reklamierte Neusser - angesichts der vielen SPÖ-Programme - von der Mehrheitspartei auch ein Verkehrsprogramm.

GR. Outolny (SPÖ) würdigte die erfolgreiche Forschungsarbeit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien, die mehrfach internationale Anerkennung erhalten hat. Auf dem Gebiet beulicher Vorschriften forderte der Redner die Schließung von Lücken in den gesetzlichen Bestimmungen. Durch solche Lücken wird es etwa möglich, daß ein Haus als Supermarkt verwendet wird, obwohl die dortigen Mieter wegen Einsturzgefahr abgesiedelt und mit Gemeindewohnungen versorgt werden mußten. Außerdem versteckte sich die Wiener Unterwelt in den alten Häusern der Assanierungsgebiete.

Auch die Arbeiterherbergen für Gastarbeiter seien ein Beispiel von Profitgier und Ausbeutung nach dem Muster der Wienerberger Ziegelarbeiter im 19. Jahrhundert. Schließlich ging der Redner noch auf eine Forderung des Blindenverbandes ein, wonach an den Kreuzungen des Gürtels mit der Gumpendorfer Straße und der Josefstädter Straße akustische Signalanlagen zu errichten wären.

Stadträtin Dr. Schaumayer weist in ihrem Schlußwort erhobene Verdächtigungen gegen Mitglieder dieses Hauses zurück. Auf dem Areal Diefenbachgasse 35 bis 39 sei nach dem Abbruch nicht eine Garage zur weiteren Behützung übriggeblieben, sondern der verbliebene Gebäudeteil beinhaltet einen Kabelkopf, der nicht nur der Firma diene, sondern auch der weiteren Umgebung.

Sie wendet sich auch dagegen, daß Probleme der Arbeiter- und Studentenherbergen so vorgebracht werden, daß der Eindruck entsteht, die Volkspartei leiste derartigen Vorkommnissen nicht nur Vorschub sondern ziehe Nutzen aus den aufgezeigten Praktiken. Sie habe immer, wurden ihr derartige Vorkommnisse zur Kenntnis gebracht, die sofortige Einsetzung fliegender Kommissionen verlangt.

Das Nichtvorliegen einer neuen Bauordnung dürfte man keineswegs ihrem Amtsvorgänger anlasten. Ihre Geschäftsgruppe werde mit ganzer Kraft überall dort mitarbeiten, wo ihre Kompetenzen betroffen sind, werde sich jedoch nicht anmaßen, in andere Kompetenzen einzugreifen. Abzulehnen sei auch, daß man jede Fehlplanung und jede Unterlassung als Folge des fehlenden Assanierungsgesetzes hinstelle. Die Stellungnahme ihrer Fraktion sei wiederholt klar und deutlich festgelegt worden. Sie setze sich für

./.

jede vernünftige Maßnahme ein, wende sich jedoch scharf gegen eine manchmal sehr eigenartig interpretierte Enteignungsauslegung.

Bezüglich des beim Handelsministerium liegenden Schulweg-sicherungsgesetzesentwurfes betonte Stadträtin Schaumayer, daß es die der SPÖ unterstehenden Abteilungen der SPÖ und der Städtebund waren, die dazu negativ Stellung genommen haben. Im übrigen findet nächste Woche zwischen dem Stadtschulrat und den zuständigen Magistratsabteilungen eine Besprechung statt, die das Problem Schulwegsicherung auch ohne gesetzliche Regelung einer tauglichen Lösung zuführen soll.

Die Stadträtin sprach ferner die Hoffnung aus, daß der Finanzreferent den Neubau der chemischen Labors der Versuchs- und Forschungsanstalt seine Zustimmung nicht mehr versagen werde.

Vorwürfe über eine mangelnde Koordination zwischen Straßenbau und verkehrstechnischen Einrichtungen beantwortete Dr. Schaumayer mit dem Hinweis auf den oft hemmenden Rotstift der Finanzabteilung. Eine bessere Beleuchtung ist von gemeinsamem Interesse, die Unterstützung durch die SPÖ ist hier begrüßenswert.

Daß GR. Peska die bestehende Friedhofsordnung verteidigt hat, läßt erwarten, daß es im Unterausschuß einige Diskussionen geben wird. Und dazu wurde dieser Ausschuß ja geschaffen. Die Rednerin ist der Ansicht, es sei Aufgabe der Behörde, nicht Zensor zu sein über Material- und Gestaltungsfragen. Das Endergebnis der Arbeit dieses Unterausschusses wird dem Gemeinderat zur Debatte vorgelegt werden.

Das Verkehrswesen sei zu einer Disziplin geworden, die zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Gebieten liegt. Man müsse hier nicht nur den Stadtplaner und Städtebauer mitgestalten lassen, sondern auch den Verkehrstechniker, den Mediziner, den Psychologen und den Bauingenieur und andere.

Bei Einbahnregelungen müssen wir jene Synthese zwischen den lokalen Erfordernissen und Einsichten und der großräumigen Einbindung finden, ohne deren Zusammenwirken entsprechende Regelungen nicht erfolgen können.

Als notwendig bezeichnet, die Rednerin die Schaffung eines Verkehrsbeirates auf institutionalisierter Basis, dem sowohl die beiden Kraftfahrerorganisationen wie auch das Kuratorium für

Verkehrssicherheit angehören müßten. Derzeit beträgt die Motorisierung in unserer Stadt 177 PKW auf 1.000 Einwohner, und Prognosen für die Zukunft werden sicher so wie jene, die in der Vergangenheit erstellt wurden, übertroffen werden.

Abstimmung: 9. Hauptstück einstimmig angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 17.40 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Debatte Baubehördliches (Zusammenfassung)  
=====

Wien, 16. 12. (RK) Über die Verwaltungsgruppe IX, Bau-  
behördliche und sonstige technische Angelegenheiten, referierte  
Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP). Die Ausgaben dieser  
Gruppe betragen 257,5 Millionen Schilling. Die Ansätze wurden  
einstimmig angenommen.

Die Stadträtin ging in ihrer Budgetrede zunächst auf die  
Magistratsabteilung 25 (Ersatzvornahmen) ein: Hier werde wert-  
volle Arbeit geleistet (Instandsetzungsarbeiten an privaten  
Wohnhäusern, bautechnische Überwachung, Begutachtung von Bau-  
vorhaben, etc.).

Die Baupolizei ist bemüht, in erster Linie zu beraten. Bei  
den Einstellungsverfügungen handelt es sich nicht um Spitzel-  
aktionen, sondern um Maßnahmen zum Schutz des Erholungsraumes.  
269 Baueinstellungen sind die Erfolgsbilanz im Kampf gegen das  
Wilde Bauen.

Eine neue Tätigkeit für die Baupolizei bringt der U-Bahn-  
Bau.

Die Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten  
hat in erster Linie eine verkehrspolitische Aufgabe; für 1970  
sind geplant die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, mehr  
Kurzparkzonen und der zweite Umleitungsabschnitt für den U-Bahn-  
Bau.

Abschließend kam Stadträtin Schaumayer auf die Initiativen  
zur Novellierung der Friedhofsordnung zu sprechen. Ein Unter-  
ausschuß hat seine Arbeit aufgenommen, sie habe diesem Ausschuß  
einen Änderungsvorschlag zugeleitet, und zwar wegen der  
Benützungsdauer von Grabstätten. Im nächsten Jahr soll der  
Entwurf einer liberalisierten Friedhofsordnung vorgelegt werden.

GR. Dr. Tuma (DFP) plädiert zum Thema Friedhöfe für  
individuelle Grabgestaltung.

GR. Peter (FPÖ): Im Bereich des Totenkults sollte dem  
persönlichen Geschmack größtmöglicher Spielraum gewährt werden.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) bedauert, daß öffentliche Einrich-  
tungen zu Wahlzeiten für die Plakatierung mißbraucht werden. Die  
Wiener müßten bei der Beurteilung einer Partei mit einbeziehen,  
wie diszipliniert sie in der Plakatierung ist.

GR. Peska (SPÖ) sprach ebenfalls zur Friedhofsordnung. Gleichmacherei sei verfehlt. In Wien gibt es zur Zeit 162.000 Straßenlampen; noch nicht ausreichend beleuchtet sind unter anderem Praterstraße, Ausstellungsstraße und Simmeringer Hauptstraße.

GR. Neusser (ÖVP): Die Verkehrsleitzentrale ist erst zu einem Drittel ausgenützt. Bis Anfang 1970 werden 120 Kreuzungen angeschlossen sein. Der Redner fordert eine Hilfspolizei zur Bestrafung von Parksündern, um nicht hochqualifizierte Polizisten damit zu beschäftigen. Angesichts der vielen SPÖ-Programme reklamierte Neusser auch ein Verkehrsprogramm.

GR. Outolny (SPÖ) würdigt die erfolgreiche Arbeit der Forschungs- und Versuchsanstalt. Bei den baulichen Vorschriften kritisiert er ungenügende gesetzliche Bestimmungen. Konkret: ein einsturzgefährdetes Haus wird heute als Supermarkt verwendet. Vorher wurden die Mieter wegen des desolaten Zustandes des Objektes abgesiedelt und mußten Gemeindewohnungen erhalten.

- - -

hohe landesauszeichnungen fuer wiener polizisten  
polizeipraesident holaubek erhielt das grosse goldene ehrenzeichen

23 wien, 16.12. (rk) im rahmen einer feierstunde im stadtse-  
nsaal des wiener rathauses ueberreichte landeshauptmann bruno  
m a r e k diensttag nachmittag dem wiener polizeipraesidenten  
josef h o l a u b e k das grosse goldene ehrenzeichen fuer  
verdienste um das land wien. ebenso wie der polizeipraesident  
wurden 60 polizisten mit landesauszeichnungen geschmueckt. polizei-vize  
praesident dr. rueff s e u t t e r erhielt das grosse silberne  
ehrenzeichen- das goldene ehrenzeichen erhielten unter anderem  
generalinspektor dr. gottfried l i p o v i t z , polizeigeneral  
ing. alfred d o n n e r , hofrat dr. erich b a u m und  
der leiter des verkehrsamtes der bundespolizeidirektion wien,  
oberpolizeirat dr. hermann w e i n m a n n .

die auszeichnungen wurden sowohl fuer den 100prozentigen  
einsatz der polizisten, als auch aus anlass des 100jaehrigen  
jubilaeums der wiener sicherheitswache verliehen. der aufschwung  
dieses aeltesten sicherheitswachekorps oesterreichs ist eng  
mit dem namen seines generalinspektors dr. gottfried lipovitz  
verbunden. dr. lipovitz, der im jahre 1919 in graz geboren wurde,  
studierte an der universitaet seiner heimatstadt, wo er den grad eines  
doktors beider rechte erwarb. seit 30. dezember 1961 steht er der  
wiener sicherheitswache vor.

in seiner laudatio betonte landeshauptmann m a r e k ,  
dass josef holaubek der am laengsten amtierende polizeipraesident  
in der geschichte der stadt wien sei. holaubek bekleidet dieses  
hohe amt seit dem 3. september 1947. "ein harter dienst, der  
verlust von ruhe und bequemlichkeit bedeutet, steigende krimi-  
nalitaet und verwaltungsarbeit fordern das letzte von den nerven  
den wiener polizisten. ihre ruhmestaten aufzuzaehlen  
wuerde einen sehr langen zeitraum in anspruch nehmen. man kann  
nur sagen, dass das verhaeltnis zwischen bevoelkerung und polizei  
gerade in den aera holaubek sehr gut geworden ist," erklarte  
marek.

im namen der ausgezeichneten dankte der wiener polizei-  
praesident in herzlichen worten.

vienna-jubilaeumsbuch fuer den buergermeister

28    wien, 16.1. (rk) kommercialrat wilhelm    h e r z o g ueber-  
reichte diensttag nachmittag buergermeister bruno    m a r e k    das  
im verlag buecher herzog erschienene buch ''first vienna football-  
club''. zur ueberreichung dieser publikation, die aus anlass  
des 75jaehrigen bestandes dieses aeltesten oesterreichischen fuss-  
ballvereines erschienen ist, hatte sich auch vienna-praesident  
stadtgartendirektor ing. alfred    a u e r    im arbeitszimmer des  
stadtoberhauptes eingefunden.

1814

zur ueberreichung der Landesauszeichnungen hatten sich Landeshauptmann-stellvertreter gertrude s a n d n e r , die die verleihungsurkunden verlas, zahlreiche mitglieder der Landesregierung mit dem Landesamtsdirektor, der erste und der zweite praesident des Landtages, mitglieder des Landtages und angehoerige der dekorierten eingefunden.

1729

#### puppenadoption im wiener rathaus

21 wien, 16.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten gab es auch heuer wieder im wiener rathaus die traditionelle puppenadoption. wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i hatte zu dem ''adaoptierten puppenglueck'' donnerstag nachmittag insgesamt 102 maedchen in den wappensaal zu einer kleinen feier eingeladen.

50 von ihnen hatten bereits im vorjahr puppen erhalten und duerfen diese nun nach einem jahr guter und liebevoller pfelege behalten. 52 maedchen haben zum erstenmal puppen erhalten und muessen nun ebenfalls ein jahr lang beweisen, dass sie gute puppenmuetter sind. sinn und zweck dieser von stadtraetin maria jacob i ins leben gerufenen aktion ist es, die kleinen maedchen auf ihre kuenftigen muetteraufgaben vorzubereiten und sie beweisen zu lassen, dass sie bereits etwas vom hegen und pflegen verstehen.

1636

#### mauereinsturz in der gumpendorfer strasse

24 wien, 16.12. (rk) umstuerzende mauerteile einer bauruine in der gumpendorfer strasse 65 beschaedigten dienstag, gegen 16 uhr, das dach einer benachbarten garage, einen stiegenaufgang und das kino ''mariahilf''. die feuerwehr poelzte betontraeger in den raeumlichkeiten des kinos und fuehrte abbrucharbeiten durch.

1732

## schweinehauptmarkt vom 16. dezember

19 wien, 16.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzuführen: 5.527, durchläufer 562, gesamtantrieb dasselbe, verkauft alles. antrieb auslandsschlachthof: 363 schweine aus der ddr, laut mitteilung der ma 60.

preise: extrem 18,80 bis 19,60 (19.70 7 stueck), 1. qualitaet 18,30 bis 18,70, 2. qualitaet 17,60 bis 18,20, 3. qualitaet (15,80 21 stueck) 16 bis 17,50, zuchten extrem 14,50 bis 15,50, zuchten 14 bis 14,30, altschneider (9 1 stueck) 12 bis 13.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 65 groschen je kilogramm und betraegt 18,09. aussermarktbezuuge in der zeit vom 12. bis 16. dezember (ohne direkteinbringung in die bezirke) 2.257 stueck.

## pferdehauptmarkt vom 16. dezember

20 wien, 16.12. (rk) antrieb: 17 pferde, davon 0 fohlen. herkunft: 9 pferde aus niederoesterreich, 3 aus oberoesterreich, 5 aus burgenland, verkauft wurden als schlachttiere 13, als nutztiere 0, so dass 4 unverkauft blieben.

notierungen: fohlen 0. extrem 10,50 bis 11, 1. qualitaet 9 bis 10, 2. qualitaet 8 bis 8,50, 3. qualitaet 6 bis 7, auslandsschlachthof 0.

der durchschnittspreis fuer inlaendische pferde ermaessigte sich um 32 groschen je kilogramm und betraegt fuer schlachtpferde 8,96, schlachtfohlen 0, schlacht- und nutztiere 0, pferde und fohlen 0.